

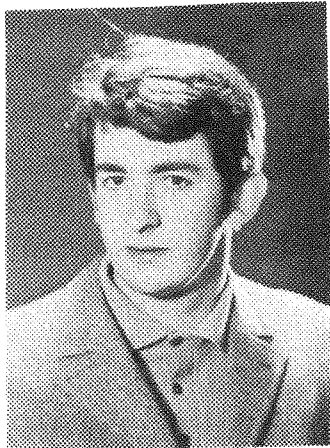
FACHSCHAFTSRATS -

AKTIONSPROGRAMM

MSB SPARTAKUS SHB UNABHÄNGIGE



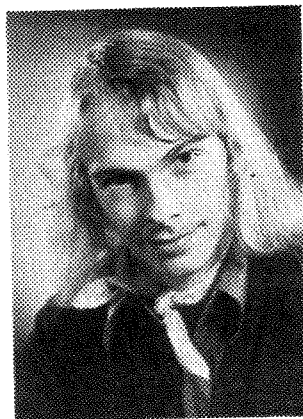
Jürgen Zichnowitz
1.Sem.BWL



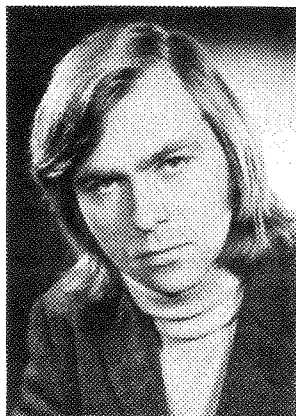
Friedgar Everding
5.Sem.BWL SHB



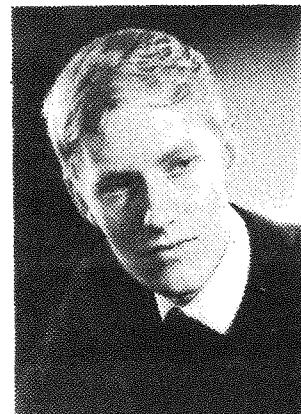
Maria Meinberg
1.Sem.VWL, MSB
GSG, DKP



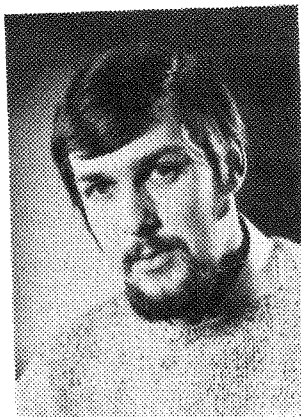
Benno Lübs
2.Sem.BWL



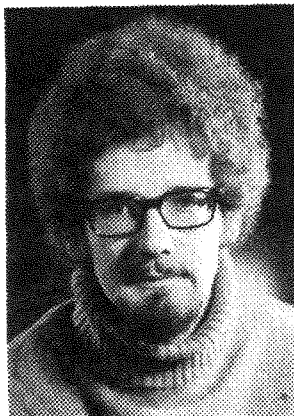
Hans-Jürgen Kröger
4.Sem.VWL, SHB
SPD, GEW



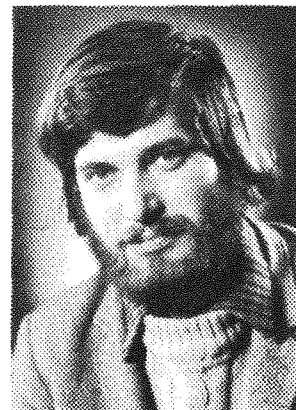
Jürgen Duenbostel
11.Sem.BWL, SHB
SPD, GSG, FBR



Jürgen Schröder
6.Sem.VWL, MSB,
Studienreformkomm.



Matthias Geck
4.Sem.BWL, SHB



Otfried Pagel
5.Sem. VWL

AKTIONSPROGRAMM

vorgelegt zur Wahl des Fachschaftsrates am 9. Dezember 1971
von den Kandidaten des SHB, MSB Spartakus und den nicht-organisierten
Kommilitonen des Fachbereiches Wirtschaftswissenschaften.

Obwohl wir an unserem Fachbereich noch keinen Numerus Clausus haben, obwohl jeder Student die in seinem Stundenplan vorgesehenen Vorlesungen und Übungen besuchen kann, sind u.a. fehlende finanzielle Mittel und Planstellen für Hochschullehrer die entscheidenden Probleme am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften. Nach Berechnungen der Kapazitätskommission des Fachbereichsrates ist unser Fachbereich im Wintersemester zu 200 % ausgelastet. Diese Zahl bedeutet nach dem Kommissionsbericht, daß am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften keine ordentliche wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Ausbildung mehr möglich ist.

Lehrkräfte: Laut Bericht der Kapazitätskommission fehlen 172 Lehrkräfte und entsprechende Räumlichkeiten. Daher muß das Grund- und Hauptstudium zum größten Teil aus Mammutübungen und Massenvorlesungen bestehen, die eine sich ständig verschlechternde Ausbildung bewirken.

Material: Skripten, Umdrucke und dergleichen, die unter diesen Umständen eine entscheidende Ausbildungshilfe sind, werden wegen Geldmangel und Überbelastung des Lehrkörpers nur noch selten herausgegeben.

Bücher: Selbst Standardwerke sind für mehr als 3.500 Studenten nur in geringer Anzahl vorhanden. Auch das von einigen Professoren empfohlene Bücherstudium ist daher nicht mehr möglich.

Diese sich verschlechternden Studienbedingungen sind Ausdruck des allgemeinen Bildungsnotstandes in der BRD. Ursache für die jahrelange und weiterhin anhaltende Vernachlässigung der wesentlichen Infrastrukturbereiche Bildung und Gesundheitswesen ist die Tatsache, daß -bedingt durch den Einfluß der Großkonzerne auf die Verteilung des Steueraufkommens- die vorhandenen Mittel nicht im Interesse der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung eingesetzt werden, sondern es wird primär in den Bereichen investiert, wo kurzfristig hohe Profite für die Konzerne zu erwarten sind und das Risiko der Kapitalinvestition niedrig gehalten werden kann. Hier bietet sich die Produktion von Rüstungsgütern geradezu an; denn über den Staat ist die beständige und sich auch steigernde Nachfrage nach diesen Gütern durch die dauernde Erhöhung des Rüstungshaushaltes gewährleistet. Demgegenüber kommt es zu einer relativ niedrigen Investition im Bildungswesen und anderen sozialen Bereichen denn auf der einen Seite müssen Bildungsinvestitionen im Interesse positiver Wachstumswirkungen langfristig konzipiert sein, anderer-

11/3/72

seits zielt aber gerade die mit einer langfristigen Planung verbundene Unsicherheit über die tatsächlichen Wachstumseffekte der Bildungsinvestitionen die allgemeine Tendenz zur Vernachlässigung des Bildungswesens nach sich. Wenn trotz der kurzfristigen Profitinteressen das Bildungswesen eine quantitative Ausweitung erfahren wird, so liegt das an der Tatsache, daß Wissenschaft und Forschung zu den bestimmenden Wachstumsfaktoren geworden sind. Neben einem begrenzten Ausbau im naturwissenschaftlichen und technischen Bereich bleibt für die übrigen Fächer, zu denen auch die Wirtschaftswissenschaften gehören, nur die Lösung der Misere durch stärkere Reglementierung und Straffung der Studiengänge.

So stellt das Grundstudium der Wirtschaftswissenschaften schon heute ein weitgehend zusammenhangloses Einpauken von Fächern wie Buchhaltung, Statistik, Recht, VWL und BWL dar. Das reine Auswendiglernen von Fakten verhindert ein echtes wissenschaftliches Arbeiten als Grundlage für das Hauptstudium. Die Wirtschaftswissenschaften werden nicht mehr als Gesellschaftswissenschaften in dem Sinne verstanden, daß sie sich als Aufgabe stellen, gesellschaftliche Zusammenhänge aufzuzeigen und auch die eigenen Methoden einmal in Frage zu stellen. Die kritische Auseinandersetzung mit den bestehenden Lehrinhalten wird -nicht zuletzt aufgrund der Verbannung des wissenschaftlichen Sozialismus- unmöglich gemacht. Die Folgen dieser Ausbildung sind seit Jahren bekannt: neben "persönlichen Problemen" wie Stress, Unmut über die Sinn- und Zusammenhanglosigkeit des Studiums ergeben sich schwerwiegende Konsequenzen für den Studenten bezüglich seiner gesellschaftlichen und beruflichen Stellung:

1. Mit dem derzeitigen praxisfernen Studium erlangen die Studenten nur eine kurzfristige Qualifikation. Dieses widerspricht ihren Interessen an Mobilität, Teamarbeit und breitem Grundlagenwissen. Die Folge ist eine immer unsichere Berufsperspektive.
2. Die soziale Rolle wird nicht reflektiert, da die Ausbildung nicht auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge eingeht. So ist der Student nicht in der Lage, seine objektiven Interessen als künftige Lohnabhängige zu erkennen und zu vertreten, sowie Perspektiven für die Weiterentwicklung der Gesellschaft zu entwickeln.

Der Prozeß der Formierung des Bildungswesens zugunsten der Verwertungsinteressen des Großkapitals verschärft sich ständig. So steht das Hochschulrahmengesetz vor der zweiten Lesung im Bundestag, das auch für die Studenten im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften konkrete Formierungsmaßnahmen von Seiten der Schulbehörde erwarten läßt, so zum Beispiel:

- Die Verkürzung der Studienzeit auf die dreijährige Regelstudienzeit für die Mehrheit der Studenten.

- Die Erhöhung des Leistungsdrucks durch kontinuierliche Leistungskontrollen.
- Die Studienreformkommissionen werden von den Ländern eingesetzt, d.h. die Möglichkeit, an den Fachbereichen eine an den Interessen der Studenten orientierte Studienreform zu entwickeln, wird beseitigt.
- Ausschluß der Studenten von jeglicher Mitbestimmung und Planung der Forschung.

Als flankierende Maßnahme zum Hochschulrahmengesetz ist das Bundesausbildungsförderungsgesetz anzusehen. Mit der fest begrenzten Förderungsdauer paßt es sich genau der im Hochschulrahmengesetz vorgesehenen Regelstudienzeit an und wird damit zum weiteren Instrument der Leistungskontrolle, Disziplinierung und sozialen Auslese der Studenten. Als Teil einer solchen Formierung ist die Schaffung von zentralen staatlichen Planungsinstanzen mit Entscheidungsbefugnissen zu bezeichnen, die damit verbundene Ausschaltung realer Mitbestimmungsmöglichkeiten der unmittelbar Betroffenen, Disziplinierung der Studenten, Abschaffung der studentischen Selbstverwaltung.

Diese Hochschulpolitik der Herrschenden in der BRD, des Großkapitals und deren politischen Vertreter, entspricht weder dem Interesse der Studenten an einer qualifizierten Ausbildung, an einer sicheren Berufsperspektive, noch dem Interesse der Bevölkerung an "Bildung für alle", wie es der Deutsche Gewerkschaftsbund formulierte. Eine solche Hochschulpolitik muß konsequent bekämpft werden! Die Studenten müssen sich durch verstärkte Eigeninitiative und über ihre Vertretungsorgane -insbesondere über den Fachschaftsrat- selbst für eine demokratische Hochschulreform einsetzen. Dieses Ziel wird letztlich nur zu erreichen sein, wenn sich der Kampf der Studenten einreihen wird in den gesamtgesellschaftlichen Kampf gegen die Vormachtstellung der Monopole und Konzerne. Da die Studenten allein zu schwach sind, diesen Kampf zu führen und da ihre Forderungen den objektiven Interessen der Mehrheit der Bevölkerung entsprechen, kann dieser Kampf nur zusammen mit den Organisationen der arbeitenden Bevölkerung erfolgreich sein.

STUDIENBEDINGUNGEN

Laut Kommissionsbericht ist eine wissenschaftliche Ausbildung an unserem Fachbereich seit einigen Semestern nicht mehr möglich. Im Notprogramm ist als erster Schritt eine Aufstockung des Lehrpersonals bis 1973 vorgesehen, die für die schon heute vorliegenden Studentenzahlen eine einigermaßen gesicherte Ausbildung garantieren würde. Die Durchsetzung des Notprogrammes ist ohne breite Unterstützung der

Studentenschaft nicht möglich. Der Fachschaftsrat wird versuchen, die Forderung nach besseren Ausbildungsbedingungen weiter in der Studentenschaft zu verankern.

Der Fachschaftsrat wird in Kürze eine Informationsschrift zum Wiso-Neubau herausgeben.

Die Studien- und Anfängerberatung wird weiterhin ein wesentlicher Teil der Fachschaftsarbeit sein. Der Fachschaftsrat wird sich verstärkt um die Veröffentlichung der letzten Klausuren sowie der Prüfungsthemen bemühen.

Um die Studienbedingungen zu verbessern wird sich der Fachschaftsrat bemühen, zu allen wesentlichen Grundkursen Skripte herauszugeben. Die allein vom Fachschaftsrat durchgeführten Mathematikvorbereitungen zum Beginn des Semesters sollen in Zukunft von den entsprechenden Dozenten abgehalten werden, so daß jeder Student ausreichend auf die Klausur vorbereitet ist.

Der Fachschaftsrat wird weiterhin die Bildung von Studienkollektiven fördern, um:

1. ein rationelleres Studium zu ermöglichen;
 2. das Erlernen von kollektiven Arbeiten zu ermöglichen;
 3. der Isolierung der Studenten untereinander entgegenzuwirken.
- Darüber hinaus wird der Fachschaftsrat sich dafür einsetzen, daß kollektive Leistungen prinzipiell zum Scheinerwerb anerkannt werden.

STUDIENREFORM

Der Fachschaftsrat wird die Reform der Inhalte und der Organisation des Studiums weiter vorantreiben:

1. Weiterentwicklung der in Ansätzen vorhandenen fortschrittlichen Studienreform im Studienreformreferat des Fachschaftsrates und damit Intensivierung der Arbeit der Studienreformkommission des Fachbereichsrates durch die Vorlage ausgearbeiteter Reformkonzeptionen, die sich an den objektiven Interessen der Studenten orientieren.

Grundlage dieser Arbeit sind die vom Fachschaftsrat vorgelegten "Perspektiven für die Studienreform im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften". Als Ziel der Studienreform wird darin formuliert: An die Stelle der bisherigen realitätsfernen Ausbildung soll das Projektstudium treten, das durch vier Eigenschaften charakterisiert ist: a. Tätigkeitsbezogenheit, b. Problembezogenheit, c. Interdisziplinarität und Methodenpluralismus, d. Erziehung zu kooperativem Verhalten.

2. Die Durchsetzung der Forderung nach einem marxistischen Lehrstuhl

besetzt mit einem Marxisten. Jede Studienreform, die sich der demokratischen Forderung nach Methodenpluralismus verschließt, muß Stückwerk bleiben und dient dann ausschließlich zur Effektivierung der einseitigen Ausbildung und Festigung des bestehenden Monopols der bürgerlichen Wissenschaft. Erst die Einrichtung eines marxistischen Lehrstuhls, besetzt mit einem Marxisten ermöglicht: a. Eine Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ökonomie auf wissenschaftlicher Basis, b. Die Bearbeitung von gesellschaftlichen Problemstellungen, die von der bürgerlichen Wissenschaft in ihrer Totalität nicht untersucht werden, c. Die Definition der gesellschaftlichen Stellung und damit der objektiven Interessen derjenigen Studenten, die später als Lohnabhängige ihren Lebensunterhalt verdienen müssen. Dadurch werden die Studenten befähigt, ihre Interessen konsequent zu vertreten.

ORGANISATIONSMODELL

Angesichts der Notwendigkeit, den Kampf gegen die Formierung im Hochschulbereich verstärkt zu führen, bedarf es der breiten Stärkung der studentischen Selbstverwaltungsorgane (Vollversammlung, Fachschaften, Studentenparlament und AStA), die zur Zeit verschärften Angriffen ausgesetzt sind (im September ist an der Universität Bonn die Vollversammlung der Studentenschaft beseitigt worden). Die Festigung und der Ausbau der studentischen Selbstverwaltungsorgane kann nur durch eine verstärkte Aufklärungsarbeit innerhalb der Studentenschaft und durch eine hohe Beteiligung der Studenten an den Selbstverwaltungsorganen und deren Politik erreicht werden.

Die Vollversammlung (VV): Auf der Vollversammlung wählen die Studenten des Fachbereiches Wirtschaftswissenschaften neun Mitglieder der Fachschaft. Da mit der Kandidatenliste für die Fachschaftsratswahl auch ein Aktionsprogramm vorgelegt wird, entscheiden sich die Studenten nicht nur für Personen, sondern bestimmen gleichzeitig die zukünftige Politik der Fachschaft aufgrund des vorgelegten Aktionsprogrammes.

Der Fachschaftsrat (FSR): Im FSR wird die auf der VV beschlossene politische Richtung durch konkrete Beschlüsse ausgefüllt. In den öffentlichen Sitzungen des FSR werden weitere Diskussionen mit den Studenten geführt, deren Ergebnisse in die Beschlüsse des FSR einfließen. Der FSR wird in einzelne Referate unterteilt, damit verstärkte Arbeit zu speziellen und auch aktuellen Problemen geleistet werden kann. Bisher existieren die Referate Öffentlichkeitsarbeit, Hochschule, Studienreform, Kapazitäts- und Prüfungsfragen, Anfänger, Mentoren und Finanzen.

Arbeitsgruppen des FSR: Zur Unterstützung des FSR und der Referate bestehen Arbeitsgruppen, in denen jeder Student mitarbeiten kann.

Durch die Arbeitsgruppen sollen die Studenten an die Arbeit und Politik der Fachschaft herangeführt werden. Bisher existieren folgende Arbeitsgruppen :

1. Die Arbeitsgruppe (AG) des Referates für die Studienreform, die bisher schon erhebliche Arbeit geleistet hat (vergleiche den von der Fachschaft vorgelegten Entwurf zur Studienreform und die im Hauptstudium laufenden Versuche!), sorgt für eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Studienreformbemühungen.
2. Die AG des Hochschulreferates dient dazu, Fragen der Hochschulpolitik (zum Beispiel des Hochschulrahmengesetzes und des Hochschulentwicklungsgesetzes) inhaltlich zu erarbeiten (siehe Skript der AG zum Hochschulrahmengesetz).
3. In anderen Arbeitsgruppen werden die bürgerlichen Lehrinhalte kritisch untersucht. Die AG orientiert sich dabei an dem Stoff eines Kurses und trägt die erarbeitete Kritik in den Kurs hinein. Bisher bestehen je zwei Arbeitsgruppen zur Mikroökonomie, Makroökonomie und zur Steuerreform.
4. Um die durch die fehlende Auseinandersetzung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus im Lehrprogramm entstehende Lücke zu verringern, veranstaltet der FSR AGs zur Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie I und II.

GREMIEN

Die Arbeit der studentischen Vertreter in den Gremien darf nicht isoliert von der studentischen Basis erfolgen, sondern nur mit breiter Unterstützung durch die Studenten. Hierzu dient die gewerkschaftliche Orientierung der Fachschaftspolitik, die an den materiellen Interessen der Studenten ansetzt und für eine Qualifizierung der Arbeitskraft kämpft, die zur Sicherung des späteren Arbeitsplatzes beitragen kann. In diesem Kampf ist allen Bestrebungen zur Abschaffung der verfaßten Studentenschaft entgegenzutreten. Eine Abspaltung der studentischen Vertreter in den akademischen Gremien von Fachschaft, Studentenparlament und AStA können solchen Bestrebungen in die Hände arbeiten. Deshalb wird der FSR die studentischen Interessen in enger Koordination mit den studentischen Vertretern in den akademischen Gremien vertreten. Das Vorgehen im Fachbereich und in den einzelnen Institutionen wird auf gemeinsamen Sitzungen ständig miteinander abgestimmt.

ASTA - VDS KONTAKTE

Die Studentenbewegung hat gezeigt, daß isolierte studentische Aktionen relativ wirkungslos bleiben müssen. Selbst längere Streiks ganzer Universitäten verliefen im Sande. (Dies darf nicht weiter verwundern, da hierdurch die Profitaussichten der einzelnen Betriebe nicht direkt beeinträchtigt werden.) Es wurden allenfalls solche Reformen durchgesetzt, die auch aus der Sicht des Kapitals überfällig waren oder

punktuelle Erfolge erzielt, die ständig davon bedroht sind, rückgängig gemacht zu werden (studentische Mitbestimmung bei Studienreform, Prüfung, Studienförderung usw.)

Ein wirksamer Kampf für eine fortschrittliche Ausbildung am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften ist deshalb nicht auf lokaler Ebene allein zu führen, sondern im Rahmen eines bundesweiten Kampfes für eine demokratische Bildungsreform. Dazu gehört nicht nur eine enge Zusammenarbeit mit den studentischen Selbstverwaltungsorganen AStA und VDS, sondern die Koordinierung mit fortschrittlichen Teilen des Lehrkörpers (Zusammenarbeit VDS Bundesassistentenkonferenz) und besonders mit den Gewerkschaften. Die Stellungnahme des DGB-Hamburg zum Bafög und der GEW zum Senatsbeschuß gegen "linksradikale" Gruppen zeigt, daß die Gewerkschaften zunehmend konkrete Schritte unternehmen, um Chancengleichheit und eine Ausbildungsreform im Interesse der arbeitenden Bevölkerung durchzusetzen.

Die Stärkung von AStA und VDS ist zur Unterstützung des gesamtgesellschaftlichen Kampfes unbedingt erforderlich. Dagegen zielt die Verweigerung des Beitrags für AStA und VDS, die von kapitalfreundlichen Gruppen gefordert wird, auf eine klare Isolierung der Studenten und auf eine Schwächung der Kampfkraft ab, die es der Industrie erleichtert, ihre Hochschul"reform" zu verwirklichen.